

Der von der Petersburger Tel.-Agentur gemeldete Widerspruch der russischen Delegationen in Brest-Litowsk ist nicht erfolgt. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau hat den Vorlauf der Erklärungen in Brest-Litowsk ohne jede Einschränkung weitergegeben. Im Anblich an die dort veröffentlichte Antwort des Herrn Joffe auf die deutschen Gegenwortsätze hat der deutsche Delegierte nur noch nachdrücklich festgestellt, daß über den letzten von Herrn Joffe erwähnten Punkt, nämlich die Notwendigkeit einer kommissarischen Beratung, volles Einverständnis zwischen den Delegationen bestehe. Hierauf ist russischerseits nichts mehr geäußert worden.

Die Forderung der Verlegung des Konferenzorts.
Petersburg, 7. Jan. (W.B.) Meldung der Petersburger Tel.-Agentur. Auf das an die Deutschen gefandte Telegramm, in dem der Vorstoß gemacht wurde die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, erwidert die russische Delegation eine Depesche der Deutschen. In der diese ihre Ansicht in Brest-Litowsk mitteilen. Auf dieses Telegramm erwidert die russische Delegation folgendes: Die Verlegung der Verhandlungen nach einem neutralen Lande entspricht dem erreichten Stande der Verhandlungen. Angesichts der Ankunft einer Delegation in Brest-Litowsk werden unsere Delegierten zusammen mit dem Volskebausträger für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen in der Zwischenzeit nach Brest-Litowsk abreisen, doch ohne Verlegung der Verhandlungen nach einem neutralen Lande keine Kompensationen in den Verhandlungen bewirken wird.

Die Wirtschaftskrisen.
Berlin, 7. Jan. (W.B.) Nachrichten. In der heutigen Sitzung des Ausschusses des Reichstages führte Direktor im Anwesenden Amt Johannes aus:

Die Wirtschaftsverhandlungen in Brest-Litowsk haben bisher naturgemäß keinen breiten Raum einnehmen können. Es wurden bloß vorläufige Vereinbarungen erzielt, die nicht erschöpfend sind und jederzeit ergänzt werden können. An erster Stelle richteten sich die deutschen Bemühungen darauf, daß einwirtschafte Verhältnisse zwischen den beiden Ländern kein Ende finden müßte und daß von einer Beeinträchtigung der Ideen der Berliner Konferenz zwischen Deutschland und Rußland in Zukunft nicht die Rede sein könne. In dieser Hinsicht wurde sehr bald ein volles Einverständnis erzielt. Nachdem dieser Punkt erledigt war, kam die Frage der Erneuerung des Handelsvertrages zur Erörterung. Natürlich lag es den deutschen Delegierten außerordentlich am Herzen, in diesem Sinne eine bindende Forderung von russischer Seite zu bekommen. Leider haben wir bisher einen solchen Erfolg noch nicht erzielt. Es ist in bereits hervorgehoben worden, daß auf russischer Seite ein tief eingeprägtes Vorurteil gegen den Handelsvertrag von 1874 und 1904 besteht. Wir sind in Deutschland der Ansicht, daß Rußland mit dem Handelsvertrage kein schlechtes Geschäft gemacht hat, aber dies den russischen Seiten klar zu machen, ist schwer. Dieser ist es nicht gelungen, die russischen Vertreter auch nur zu einer kurzen Fristverlängerung des Handelsvertrages zu bewegen. Es trat auch bei den Vertretern der jetzigen Regierung dieses Vorurteils und die Abneigung gegen den Handelsvertrag klar zutage. Dazu kommt aber noch, daß die Vertreter der jetzigen Regierung erklären, daß eine völlige Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands beschaffen ist und daß sie deshalb durch einen Handelsvertrag sich nicht binden könnten. Ihre Mitteilung geht dahin, daß sie nicht wünschen, daß eine fremde Regierung auf Grund eines Vertrages in diese Neuordnung der Wirtschaft eingreift. Die deutschen Delegierten werden ihr Vorurteil zu beseitigen. Wie der Erfolg sein wird, steht dahin. Aber auf jeden Fall erklärten die russischen Delegierten die Bereitwilligkeit, sobald in Verhandlungen über einen russischen Handelsvertrag, der den neuen und veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen hätte, einzutreten. Es wurde geltend gemacht, daß es doch in Friedensverhältnissen unmöglich sei, daß ein Staat den anderen eine schlechtere Behandlung zuteil werden lasse als einem dritten Lande. Die russischen Delegierten haben diesen Standpunkt bereitwillig anerkannt und sich ausdrücklich zu ihm bekannt gegeben. Schwierigkeiten müssen auch da erörtert werden.

Der Grund der allgemeinen Mißbilligungslage läßt sich natürlich nicht so unbedingt verurteilen. Einmal sind gewisse Abweichungen in dem Vertrag vorgefallen worden, dann kommt die große Frage hinzu, wie es gehalten werden soll mit denjenigen Verträgen, die aus dem russischen Reich ausgehen. Schließlich werden zum Teil in einem engeren oder looser Verband mit der ganzen Masse des russischen Reiches verbleiben. Umweshalb ist auf deutscher Seite auch ein Ruck eingetreten. Wir haben angeregt, daß und die besondere Regelung unseres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn und zu anderen Ländern vorbehalten bleiben müßte, die mit uns einen Verband schließen würden.

Aber im großen und ganzen haben sich die russischen Delegierten bereit erklärt, die besonderen Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und Österreich-Ungarn anzuerkennen. Was die Frage der Forderung der Wirtschaftskrisen anlangt, so ist da auch noch keine endgültige Verständigung erzielt worden.

Die nachfolgende Erörterung war vertauscht. Nächste Sitzung morgen demitlag.

Die Schuld der Westmächte.
Berlin, 7. Jan. Der „Tag“ schreibt: Mit dem Ablauf der Westmächte gestellten sich unser mittelbares Friedensangebot an die Westmächte und unsere Bindung an die damit aufgestellten Grundzüge ihnen gegenüber gelöst. Daß die Westmächte nunmehr einen Frieden der gelassenen Art befehlen, ist ausgeschlossen. Daraus ist keine Rede und kann keine Rede sein. Die Westmächte haben jetzt die Folgen dafür zu tragen, daß ihre Drohungen und Ueberheblichkeiten unsere Friedensbereitschaft unumwidert gelöst haben.

Die italienischen Banditen.

Rom, 7. Jan. (W.B.) Meldung der Agentur Stefani: Die italienischen Blätter sehen in der Rede Lord Georges eine Ergänzung zu den Erklärungen Wilsons und Orlando, den unabhängig und aus sich heraus entstandenen Rundgebungen der verbündeten Völker, denen die größte Bedeutung beigemessen sei. Die Rede sei eine wohlüberlegte Antwort auf die „plumpe Gasse Gernings“. England konnte nicht uneigennützig auf die Grundfragen der Friedensverhandlungen hinweisen, noch klare aussprechen, daß den Verbündeten jede nationale Vergewaltigung fern liege.

Die Zustände in Rußland.

Die neuen Diplomaten.

Petersburg, 6. Jan. (W.B.) Nachrichten. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Namens des Rates der Richter, Soldaten und Bauernvertreter ist Bürger Karpinsky vorläufig zum Bevollmächtigten des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten in Gen. ernannt worden. Der Vize-Vollmacht ist ebenfalls zum Bevollmächtigten des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Alle Beamten der Botschaft und der Militärmission, ferner alle Verwaltungsbeamten der russischen Republik, die sich gegenwärtig in London in dienstlichen Geschäften aufhalten, werden aufgefordert, auf das erste Verlangen des Bürger-Vollmacht sofort an landesden Geschäfte hin zu übergeben. Die Schriftstücke, sowie die Akten zur Vermeidung heftiger Vermutungen, werden aus dem Schoße der russischen Republik ausgehändigt. Jeder Widerstand gegen die Befehle Vollmacht in dem angegebenen Sinne ist ein Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Vollkommis für auswärtige Angelegenheiten.

Was Trotski verleiht.

Petersburg, 7. Jan. (W.B.) Nachrichten. Trotski hat die Abhebung aller in russischen Banken niedergelegten Gelder der fremden diplomatischen Vertretungen verboten, da die Anwesenheit und die Gelder der alten Regierung, die in ausländischen Banken untergebracht sind, den Volksbewegungen vorenthalten werden.

Gewalt in russischen Kasernen?

Der russische Korrespondent der „Neuen Zürcher Ztg.“ meldet, die Gewalt in den russischen Kasernen habe in der letzten Zeit erheblich zugenommen und die Reibungen zwischen den Soldaten und der roten Garde drohten in einen scharfen Konflikt auszuarten. Mehrere derselben ist die Tatsache, daß die Angehörigen der roten Garde durchweg befallene Arbeiter, die niemals an der Front waren, nicht nur ihren Lohn von den Betrieben, in denen sie eigentlich nicht arbeiten, erhalten, sondern noch auf Rußland für ihren Dienst als Soldat, was bei den regulären Soldaten begreiflicherweise Empörung hervorruft.

Das Verhältnis zu Rumänien.

Bukarest, 7. Jan. Der „Kowsoja Jnst“ zufolge sind die Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland der Vollkommis nach den Maßnahmen der rumänischen Behörden gegen die Revolutionäre äußerst gespannt. Sollte Rumänien den russischen Forderungen nicht entgegenkommen, so würde Rußland zu sehr energischen Maßnahmen schreiten.

Stimmungswechsel in Holland

In der Wochenansgabe des „Nieuwe Courant“ vom 15. Dezember findet sich folgendes bemerkenswerte „Eingeländ“: „Es ist eine recht eigenartige Erscheinung, daß wir Holländer gerade von England und Amerika, die immer hervorheben, daß sie für Freiheit und Recht sind für das Fortbestehen der kleinen Staaten kämpfen, am geringschätztesten behandelt werden, daß gerade England und Amerika unsere Freiheit und Rechte, darunter sogar das Eigentumsrecht, am häufigsten antasteten. Es ist verwunderlich, daß weder England noch Amerika beweisen, daß die geringen Vorteile, die die Mittelmächte von unbedeutenden Mengen schwammiger Zahlungsmittel haben, lange nicht die Veränderung der Stimmung in Holland aufwiegen, wo viele antideutsche Söhne jetzt antieniglich geworden sind. Bisher haben wir in England immer den Befürworter der kleinen Staaten und darunter auch den Hollands gesehen. Darum ist es besonders auffallend, daß vor allem England und seine Verbündeten so langsam unsere Rechte und Freiheiten verletzen.“ Es scheint demnach, als ob die deutschfeindlichen Holländer allmählich, wenn auch recht spät, den der englisch-amerikanischen Gewaltpolitik, zu der Erkenntnis kommen, daß aus der angelsächsischen Welt nicht viel Gutes zu erwarten ist. Aber es sieht nicht wohl nach, daß diese Erkenntnis eigenen Leibe schmerzlich, wie Englands Wohlwollen und Kampfbereitschaft für die Rechte der kleinen, neutralen Staaten in Wahrheit bezeugen sind.

Lieber Weizen und Fett!

Bern, 4. Jan. In der New Yorker Meldung, daß in Amerika ein Propagandabüro eingerichtet werden soll, das die Schweiz und zugleich auch Deutschland über die amerikanischen Kriegsziele unterrichten soll, bemerkt das „Bernes Tagblatt“ lakonisch: „Weizen und Fett wären lieber!“

Dämmernde Erkenntnis.

Angesichts der für unsere Feinde niederschmetternden Wirkung, die der Krieg durch das Ausschließen Rußlands zu nehmen droht, ist es bemerkenswert, wie in der englischen Presse Anschauungen revidiert werden, die bislang als festes Dogma gegolten haben, an denen kein Verfall der Endziele der Entente zu zweifeln für erlaubt hielt. Im „Manchester Guardian“ schreibt Student of war mit schick verheißener Besorgnis über die Wirkungen eines etwaigen deutsch-russischen Friedens: „Angenommen, der Friede wird geschlossen, so wird die wichtigste der Dauerwirkungen auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Sicherlich wird zu den Friedensverhandlungen gehören, daß Deutschland Rußland helfen soll, seine Transportmittel zu reorganisieren.“

ten zum Zwecke der Erschöpfung der bestehenden Rostage, und wie wissen, was das bedeuten würde. Es will heißen, daß um diese Zeit im nächsten Jahre die Nahrungsmittelblockade Deutschlands durchbrochen und Deutschland mit Nahrungsmitteln versorgt wird, wie unser Land. Das zweite Ergebnis wird sein, daß keine Arbeiterkrisen entstehen werden. Wenn als Ergebnis des russischen Friedens bei uns eine Agitation losgeht, jeden und jeden Mann ins Feuer zu setzen, dann wird das unsere Ausschüsse auf Erfolg schwer beeinträchtigen. Dieser Krieg wird nicht durch Abnutzung gewonnen werden — eine längst erwartete Krisenperiode, die jetzt begraben sein sollte — und nicht durch Sportkämpfe an der Westfront, sondern durch die Ueberlegenheit im Wettbewerb des Geistes, und hierin wird der Hauptfortschritt bei den Kämpfen die Arbeit, und zwar viel Arbeit, sein.“

Jetzt endlich bekennt man sich unter der Wirkung hundertjähriger Mißfolge in England dazu, die gewöhnlichen Werte als trugschaffend anzuerkennen, denen man bisher stets überhebend die erdrückende materielle Ueberlegenheit der Entente gegenüberstellte. Wenn Arbeit und geistige Waffen den Sieg über das Aufgebot der materiellen Mittel dazumotzen sollen, dann braucht uns in Deutschland um den Endieg allerdings nicht bange zu sein.

Die polnischen Regenten in Berlin.

Warschau, 6. Jan. (W.B.) Die drei Regenten des Königreichs Polen, Erzbischof Dr. v. Rakowski, Fürst Lubomirski und Herr v. Ostrowski, haben die schon vor längerer Zeit beschlossene Reise nach Berlin angetreten. In ihrer Begleitung befinden sich Ministerpräsident v. Rudzinski mit dem Referenten des Ministerpräsidenten v. Ostrowski, der Chef des Kabinetts Graf v. Chelmski mit dem Referenten Grafen Georg v. Tarnowski, Prinz Henryk Radziwili, Kommandant der Warschauer Stadtwehr, Graf von Hult-Edelsti wurde beauftragt, die Regenten auf der Reise nach Deutschland zu begleiten.

Berlin, 7. Jan. (W.B.) Heute früh sind die drei Mitglieder des polnischen Regiments hier eingetroffen.

Auf dem Bahnhof Friedrichstraße hatten sich zur Begrüßung im Namen des Kaisers der Oberkommandierende in den Marken und Gouverneur von Berlin, Generaloberst von Kessel, außerdem der dem Regimentsrat ebenfalls beizugehende Oberregierungsrat Graf v. Kessel, kaiserlicher Regierungskommissar beim preussischen Staatsrat im Königreich Polen und Volksminister Prinz Hohenhausen zum Auswärtigen Amt eingefunden. Heute Nachmittag wollen die Herren den Reichsminister einen Besuch abstatten. Zum Abend hat der Reichsminister ihnen zu Ehren eine Reihe politischer Persönlichkeiten zu sich geladen. Morgen werden sich die Regenten dem Kaiser vorstellen.

Eine Ansprache des Papstes.

Bologna, 7. Jan. Beim Empfang einer Abordnung des römischen Adels und Patriziers hielt der Papst eine Ansprache, die nicht ohne politische Bedeutung ist: Er habe dieses Jahr aus einem besonderen Grunde die Glückwünsche der Delegation besonders gern entgegengenommen, da Fürst Bologna als ihr Sprecher die päpstliche Einladung an die Völker ermahnte, zu Gott zurückzukehren und das Ende des seit über drei Jahren wütenden Weltungskriegs zu beschleunigen. Dann ging der Papst auf eine Anspielung ein, die Fürst Bologna über die jüngsten Fliegerangriffe auf Vado und andere italienische Städte gemacht hatte, und sagte, er werde das Unrecht verurteilen, wo immer es sich auftrete, und er habe deshalb seine Stimme gegen eine Form der Kriegführung erhoben, die sich gegen unverteidigte Städte richte, keine militärischen Ergebnisse erziele, Opfer unter den Kämpfenden erfordere, den Besitz der Religion und der Kunst schädige und den Völkern immer mehr verleihe.

Die Behandlung der amerikanischen Gefangenen

Berlin, 7. Jan. (W.B.) Eine Meldung des amerikanischen Hauptquartiers aus Frankreich, die weitertrug, besagt: Wie sie von vollständig vertrauenswürdiger Seite erfährt, haben die Deutschen beschließen, die amerikanischen Gefangenen humanitär zu behandeln, als die britischen, französischen und italienischen Gefangenen. Sie rüft sich dabei auf eine angeblich deutsche Erklärung, daß die Amerikaner schwer von Begriffen und nicht im Stande seien, sich anständig und gestützt aufzuführen. Eine solche offizielle Erklärung ist nie erschienen worden. Die amerikanischen Gefangenen werden genau so schonend und reichlich behandelt wie andere Gefangene. Die vollständig vertrauenswürdige Seite, auf die das amerikanische Hauptquartier sich beruft, dürfte unter jenen Kriegsgegnern zu suchen sein, die gleichgültig amerikanische Volksteile mit allen Mitteln zu Wilens Deutschen aufzuwiegen suchen.

Sozialdemokratische Verräter.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ teilt folgendes mit: Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Verbeugung des Friedens in Waffenstillstandsverhandlungen zu schaffen suchen und die deutsche Regierung sich bereit erklärt auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, kannte die deutsche unabhängige Sozialdemokratie keine größere Sorge als die, wie das Friede mit Rußland erreicht werden könnte. Wie erhalten darüber aus vollkommen unanfechtbarer Quelle aus Stockholm ungewöhnlich genaue Mitteilungen, denen wir heute folgendes entnehmen: „In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewits von Führern der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem d. h. in revolutionären Sinne vollziehe. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre verwerflich, weil er die erwünschte Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen und seine herrschenden Schichten zerschlagen würde.“

Die Politik der schlotternden Angst.

In der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht Rechtsanwalt Dr. C. F. H. Mainz eine Betrachtung über unsere jämmerlichen Zustände im Innern. Er schließt mit folgenden Worten:

Kann der methodische Wahnsinn solcher Politik noch weiter getrieben werden?

Herr Dr. David findet das Selbstbestimmungsrecht der Völker „ethisch“ und „praktisch“ zurecht, und auch der Staatsmann Erzberger hat es in der gleichen Sitzung des Hauptauschusses zu rühmen genützt. Soll man da nicht auf den Gedanken kommen, daß man schließlich die gleiche Methode auch auf das unglückliche Elend-Lothringen anwenden müßte, wenn z. B. England endlich so gütig wäre, sich auf Verhandlungen einzulassen und bei sonntäglichem Verzicht nach Westen nach diese kleine Nebenbelangung stellte?

Gibt es jemanden, der der deutschen Politik des „neuen Geistes“ diese topische Folgerichtigkeit nach allem Erlebten nicht schließlich auch noch getraut?

Und warum dies alles? Warum dies Verstoß an, das uns zum Selbst der Welt macht und gleichzeitig Treue an der Stimmung und an der Zukunft unseres Volkes bezeugt?

Auch dies muß anmerken ausgesprochen werden: diese ganze Politik ist bestimmt durch die Rücksicht auf Herrn Diebstahl und die Seinen. Herr Erzberger und der sozialistische fremde Teil der Reichsämter folgen dem Rast-riebener Scheidemann — dieser aber ist beherrscht von der Angst vor den Unabklingenden — und die Regierung läßt sich willenlos der angeblichen Mehrheit, in Wahrheit der Angst vor der Masse. Herr Stresemann hat im November der „Deutschen Stimmen“ die treibende Kraft der Haltung Scheidemanns richtig erkannt: man kann annehmen, daß er aus eigentlicher Kenntnis schiltet und findet damit bestätigt, was aufmerksam Beobachter längst erkannt haben. Und damit erhöht dann die Politik des politischen Wohlwollens ihre eigenartige und würdige Krönung: der geheime Richtungsgeber der Politik des höchsten Deutschen Reiches ist ein Volksobersteher, der wegen schweren Verbrechens gegen die Sicherheit seines im Daseinskampf ringenden Volkes dem Richter verfiel — und die Jähzöger der Staatsgewalt, die Mehrheit der Volksobersteher kennen Ängstlich auf die Massen, die angeblich diesem Verurteilten zugestimmt sind. So treiben sie eine Politik, die ein Liebesrecht im Sinne seiner Unstillsitzungen nicht besser machen könnte.

„Ist seine Hilfe gegen solchen Drang?“

Kartoffelver'adnung bei Frost.

Wie lesen in der „Deutschen Tageszeitung“:

Vor einiger Zeit wiesen einige von uns veröffentlichte Zuschriften darauf hin, daß die Kartoffelversorgung der Großstädte arg gefährdet sei durch die geradezu ungläubliche Behandlung, welche die Kartoffel auch in diesem Winter trotz aller schlechten Erfahrungen im Vorjahr erfährt. Es wurde die Tatsache festgestellt, daß trotz aller Proteste die Anfuhr der Kartoffeln in die Großstädte erfolge und daß sogar diese dem Frost ausgesetzt gereiften Kartoffeln eingemietet würden. Man machte für diese Behandlung der Kartoffeln dabei in der Hauptsache untergeordnete Organe verantwortlich. In Wirklichkeit führen diese aber nur die Anordnungen der oberen Stellen aus. Einen Beweis dafür liefert uns ein Rundschreiben des Landrats des Kreises Goldberg vom 20. Dezember. In diesem Rundschreiben wird auf die Langsamkeit der Ablieferung der Kartoffeln hingewiesen und in Erinnerung gebracht, daß die Reichsartoffelstelle, wenn der Kommandantenverband die ihm obliegende Lieferungsverpflichtung nicht rechtzeitig erfüllt, die Mengen, die innerhalb des Kommandantenverbandes verbraucht werden dürfen, herabsetzen kann. Außerdem könne der Kommandantenverband innerlich keine Verteilungsbeurteilung auch die Lieferung anderer Bedarfsgegenstände, wie Zucker, Petroleum, Futtermittel usw. diesen Gemeinden gegenüber einschränken oder einstellen.

Dieses Rundschreiben gelangte in die Hände der Empfänger zu einer Zeit, als die Kälte 7 bis 8 Grad N. betrug. Mit Recht trat der Einkäufer, ob es nicht geradezu ein Verbrechen sei, bei dieser Temperatur zur Kartoffelver'adnung aufzufordern. „Wer Lebensmittel abschafft dem Verderben zuläuft, verflucht sich am Vortage ebenso wie derjenige, der Brotgetreide verflucht.“ Könnte dieser Spruch, der den Landwirten auf jedem Kreisblatt zuerst entgegenleuchtet, nicht auch auf jedem Beamtenblatt ansiegen?

Selbstverständlich sollen sich diese Ausführungen nicht gegen den Landrat des oben genannten Kreises richten, sondern gegen die Stellen, die die Landräte zu solchen Aufforderungen veranlassen. Man sollte sich endlich bei den einzelnen Stellen daran erinnern, daß man doch nicht allein Lieferungsverpflichtungen stellen. Neben der Reichsartoffelstelle ist es die Reichsgetreidestelle, die außer Brotgetreide auch Hafer und Gerste fordert. Ferner soll Stroh und Heu geliefert werden. Alles natürlich außerordentlich eilig — und wenn bis Ende Dezember nicht die vorgeschriebenen Mengen geliefert sind, dann hagelt es Strafen. Des Schlimmsten aber ist, daß diesen Kommunalstellen, die so eifrig landwirtschaftliche Ereignisse bezeugen, sich sehr taub stellen, wenn die Landwirte auf die Verminderung der Viehdar, den Mangel an Rohen, das Fehlen des Petroleum und was möglich darauf noch hinweisen, daß kurz vor den Feiertagen niemand zur Arbeit herangezogen werden kann.

Sonderlich angenehme Empfindungen rief diese Weinachtsbescheidung des Landrats des Kreises Goldberg jedenfalls bei seinen Kreisblättern nicht hervor. Geht doch nur noch die Bemerkung, daß es für die nicht rechtzeitige Ablieferung keine Entschuldigung geben lassen wolle. Denn davon, daß der Bestand von Kartoffeln meistens am Weihnachtstage wegen der Frostgefahr eingestellt wird, davon hat man natürlich ein grünes Licht ohne Abmahnung. Was kommt es darauf an, wenn die Kartoffeln einfrieren, die Hauptfrage ist, daß sie geliefert sind. Bevor man aber in den Städten die Landwirte wegen der mangelnden Kartoffelfuhrver'adnung verantwortlich macht und zum Beweise dafür

sich auf landestätige Gefasse stützt, sollte man im Land einmal genauer Umhau halten, denn wie die „Nat. zur Tagespolitik“ in ihrer Ausgabe vom 21. Dezember mitteilt, liefert die Landwirtschaft sehr viel mehr Kartoffeln, als abgenommen werden können, und es liegen heute noch viele Waggons fertig beladen auf den Kleinbahnen, die nicht abgerollt werden können. Wenn trotzdem Klagen über die Kartoffellieferungen aus Stadtkommunalitäten und Großverbraucher laut werden, so können sie ihre Ursachen nur in der mangelnden Wagenverfügung der Eisenbahnen haben. In welcher Weise die Anfuhr bisher erfolgt, wird Johann im einzelnen wie folgt dargelegt:

„Die gesamte Eisenbahnfuhr von Speisefartoffeln ist in diesem Jahre höher als jemals zuvor. Sie übertrifft die vorjährige im Monat August um 104 v. H., im Monat September um 127 v. H., in der Zeit vom 1. bis 10. Oktober um 200 v. H. Die Wagenverfügung im Reichsgebiet Preußen hat die Zahl von 8000 Wagen an einzelnen Tagen überschritten. Infolgedessen war die Anfuhr an Kartoffeln in vielen Orten so groß, daß die rechtzeitige Abnahme auf große Schwierigkeiten stieß. In zahlreichen, namentlich größeren Orten mußte die Anfuhr wegen völliger Überbeladung gestoppt werden. Zum Teil mußten die Kartoffeln von den Empfangsorten wieder Trodungsanstalten übergeben werden, weil die empfangenden Gemeinden nicht in der Lage waren, die Kartoffeln abzunehmen. Hunderte von Gütermagen blieben längere Zeit an den Stationen stehen und wurden hierdurch dem allgemeinen Verkehr entzogen. In welchem Umfange dies der Fall war, geht zum Beispiel daraus hervor, daß allein in Groß-Berlin in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober d. J. über 60 000 Markt Stundgeld für verpölet entladene Kartoffelwaggons fällig wurden.“

Trotz der großen Wagenverfügung ist die tägliche Anforderung von Waren für Kartoffeln immer mehr gestiegen. Sie erreicht jetzt im Reichsgebiet Preußen die Zahl von 25 000 Wagen. Eine derartige Anforderung ist selbstverständlich in dieser Höhe nicht zu erfüllen. Selbst in Friedenszeiten wäre es ganz ausgeschlossen eine derartige Warenmenge allein für Kartoffeln zu stellen. Zudem wäre es, wie die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben, ausgeschlossen, daß derartige Mengen von den Verbrauchern abgenommen werden können.

Die außerordentlich hohe Eisenbahnabfuhr von Kartoffeln, die in der letzten Zeit des Reiches der vorjährigen Lieferung erreicht hat, ist angesichts der außerordentlichen mitterständischen und anderweitigen Beanspruchung der Eisenbahnverwaltung nur unter Zurückdrängung anderer sehr wichtiger Bedürfnisse möglich gewesen. Der Bestand der üblichen Lebens- und Futtermittel konnte nur in sehr beschränktem Maße stattfinden; auch hat die Verladung von Düngemitteln, insbesondere Kalk, unter der vorzunehmenden Wagenverladung für Speisefartoffeln ganz bedeutend gelitten, so daß hieraus erhebliche Bedenken für die weitere Aufrechterhaltung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung sich ergeben.“

Unabsehbares aus dem Freie Herstd.

Von befreundeter Seite wird uns ein Entsch des Landratsamtes des Kreises Hersfeld, gedruckt i. N. von Hedemann, vom 9. Oktober 1917 (Zugabe-Nr. 12738) an die Bürgermeister des Kreises übermietet, den wir trotz des Papiermangels wörtlich zum Abdruck bringen wollen, denn es wäre wirklich schade, wenn von diesem historischen Dokumente auch nur ein Wort der Öffentlichkeit verloren ginge:

„Wie ich höre, kosten die Landwirte, und zwar insbesondere die größeren, bisher mit der Bekämpfung der 7. Kriegsanleihe vielfach Mühe. Aus diesem Grunde ordne ich hiermit folgendes an:

In allen Fällen, wo ein Landwirt, der mehr als 5 Hektar Land besitzt, Antrag stellt auf:

1. Stellung eines Kriegsgesangenen,
2. Bekämpfung eines Gesangenen für den Winter,

hat er dem zehnjährigen Mitglied der Kriegswirtschaftsstelle mit dem Antrag eine Bescheinigung vorzulegen, aus der hervorgeht, wieviel er zur 7. Kriegsanleihe gezahlt hat. Die Bescheinigung ist entweder von der Kasse, bei der die Zeichnung erfolgt ist, oder von dem für die betreffende Gemeinde zuständigen Vertrauensmann für Kriegsanleihe auszufertigen. Ich bemerke, daß die Bescheinigung selbstverständlich nicht allein ausfolgebend sein kann, für die Bekämpfung des Antrages jedoch kann sie in Fällen von Bedeutung werden, in denen z. B. nur ein Gesangener zur Verfügung steht, aber mehrere Anträge vorliegen. In solchen Fällen wird natürlich in erster Linie bedacht werden, der jein Geld dem vaterländischen Jocke zugeführt hat. Des Mitglied der Kriegswirtschaftsstelle bedürftigkeit hat die Bescheinigung bei seiner Begutachtung und gibt die Bescheinigung dem Antragsteller zurück, bevor er den Antrag weiterreicht.

Vorstehendes ersuche ich allen in Betracht kommenden Landwirten ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen und bei Stellung von Anträgen die Durchführung zu beachten. Falls die Bescheinigung nicht beigelegt ist, wird angenommen, daß keine Kriegsanleihe gezahlt ist.“

Ans ist so so manche Gewaltmaßregel von Kommunalverbänden während des Krieges begegnet, aber eine solche Repressalie gegen die Landwirte ist uns denn doch noch nicht vorgekommen! Die Stellung von Gesangenen sollte also z. T. von der Zeichnung von Kriegsanleihe abhängig gemacht werden. Was nun, wenn ein Landwirt nicht in der glücklichen Lage ist, Kriegsanleihe zu zeichnen, oder nicht so viel zu zeichnen, wie es auf dem Landratsamt als genügend angesehen wird? Dann bekommt er also eine Kriegsanleihe, das Land bleibt unbesetzt und die Wirtschaft geht zurück. Wir wollen nämlich so heilsam den Herren in der Zeitung des Kreises Hersfeld veranlassen, daß Kriegsgesangenen von den Landwirten wirtschaftlich nicht zum Privatvergnügen gehalten werden, sondern weil man sie notwendig braucht. Die rechtzeitig und ordnungsmäßige Bekämpfung der Kaser ist aber doch im allgemeinen Volksinteresse z. T. die allerhöchste Aufgabe. Mit solchen unbilligen Zwangsmitteln erreicht eine Behörde vielleicht einige tausend Mark mehr Kriegsanleihe, für die sich womöglich dieser und

jener, der notwendig Gefangene braucht, das Geld zusammenbergt, daß er sich für die unglückliche Erbitterung, ja daß, das denen, die eben nicht in der glücklichen Lage sind, wünschenswert zu zeichnen. Ein Landrat, der sich auf seine Kreisangehörigen versteht und von ihnen verstanden wird, wird es leicht haben, auch das Letzte aus den Landwirten herauszuholen, wenn er in geeigneter Weise an sie herantritt. Mit einem solchen, an die Zustände im verflochtenen künftigen Regiment erinnernden Vorgehen erreicht er vielleicht Kleinigkeiten, was er aber dabei in der Bekämpfung der Landwirte und landwirtschaftlichen Produktion vernichtet, das wiegen die paar tausend Mark wahrhaftig nicht auf! Das deutsche Volk ist wahrlich ob seiner Kommanden zu bewundern. Selbst die Rassen haben bewiesen, daß sie die Tyrannei der Bürokratie abzuhalten verstehen!

Aus der Heimat.

Frankfurt am Main. Der Postzeit ist es nunmehr gelungen, den Wörtern des Schumanns E. T. I. bingst zu modern. Es ist der erst 18-jährige Schloffer Joh. Georg Wed. I. aus Vohr am Main. Er hat in der Vordruckt gemeinschaftlich mit dem Schloffer Wilhelm Kappes aus Klein-Heubach mehrere Einbrüche verübt und wurde dabei von dem Schumann überführt während der jüngere Spitzbube flüchtig ging, jedoch Wed. I. den pflichttunenden Feinden nieder. Der Wed. I. wurde in einer Wirtschaft in der Fährstraße verhaftet und ist gefangen. Ein Zeichen der Zeit ist es, wie heute das jugendliche Alter dem Verbrechertum unterliegt.

F. C. Heinsheim, 4. Jan. Ein Schwein aus dem Stalle gestohlen wurde in der letzten Nacht einem im Felde stehenden hiesigen Einwohner.

Aus Rheinheilen.

F. C. Worms, 4. Jan. Interessant ist die Statistik des Kriegstrawungen in den nahen pfälzischen Städten von über 15 000 Einwohnern. Es haben nämlich seit Kriegsbeginn Kriegstrawungen stattgefunden in Speyer 215, Ludwigshafen 417, Frankenthal 101, Neustadt 106, St. Ingbert 119, Zweibrücken 217, Landau 247, Pirmasens 259, Kaiserslautern 440.

Frankfurter Wetterbericht.

Nach kurzer Aufklärung erneuerte Bewölkungszunahme. Entlastete und verdrängte Niederschläge.

Richtliche Anzeigen.

Gottesdienst in der Stadtkirche.
Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Kriegsanbacht.
Herr Warrer Diehl.

Arbeitsmarktlanzeiger des Kreisarbeitnachweises u. d. Hilfsdienstamtes Friedberg.

Offene Stellen:

1. Mehrfacher, 1. Junger Knecht, 1. Junger Knecht für Hofamt und Kriegsgesangenen, mehrere landwirtschaftliche Dienstmädchen, 2. Knechtinnen, 6. Schneider, 2. Hausmädchen.

Für die Gruppe: Mehrere Senogranhinnen und Maschinen-schreiberinnen 100 Pferdebesitzer für dieses Gebiet.

Stellensuchende:

Mehrere Arbeiterfamilien und ledige Knechte, 2. Hauskinderinnen, 2. Frau ein für Senogranh und Maschinen-schreiberin.

Geldfälliges.

Der Völkerkrieg.

Eine reich illustrierte Chronik der Ereignisse seit dem 1. Juli 1914. Herausgegeben von Dr. C. H. Vahr, Verlag von Julius Hoffmann, Stuttgart. Band 14, Preis 6 Mark.

Das gewaltige Werk, das der „Völkerkrieg“ als eine umfassende Chronik des Weltkriegs unternehmen hat, tritt nun mit dem 14. abgeklärten Band vor den Leser. Sein Gegenstand ist der weltliche Kriegshauptteil in diesen Kriegsjahren, d. h. von Februar bis August 1918. Hierher gehören zwei der gewaltigsten Internationals des Krieges: die Schlacht von Verdun und die Sommeroffensive. Deren Bedeutung liegt nicht nur in den riesenhafte Anstrengung von Kriegsmitteln, sondern vor allem darin, daß es Verträge von beiden Seiten sind, zu einer Zeit, wo die Entscheidung der Kriegsmacht hier und dort aus dem Hauptkampf gelangt war, eine Entscheidung auf dem Hauptkriegsschauplatz herbeizuführen. In die in den Kämpen haben sich die beiden Gegner so recht gemessen, und in allem, was Vorbereitung zum Krieg zu sein kann: Ausrichtung, Kampf, Wert der Truppen, Führung, wurde der Freund und Feind geleistet was im Bereich des Möglichen war. So muß sich gerade aus dem Studium dieser Schlachten ein allgemeines Urteil über die Verhältnisse und Ausichten auf beiden Seiten gewinnen lassen, und die Zukunft hat bekannt, was das Kriegsjahr 1918 brachte: auf dem weltlichen Kriegsschauplatz ist keine Entscheidung zu erwarten. Neben seiner so schlagwörtlichen letzten Schlachten Verichterstattung in Generalaufstellungen, zusammenfassenden Darstellungen und Überichten hat der „Völkerkrieg“ gerade die erwähnte, entscheidende, man könnte sagen weigentlichste Bedeutung dieser Schlachten herausgearbeitet. Und da er es versteht, in seinen Schilderungen und Epochen der kämpfenden Seel, der Gegner Ausdruck zu verleihen, drückt es durch seine Darstellung wie der tragische Grundstrom aller Lebenswesen, wo in großartigen, aber schütternden Weis das jenseitige Jenseitsmenschlichen von Völkern bezeugen werden, wo schmerzhafteste menschliche Schicksale einen furchtbaren verheerenden Ausbruch finden. Zu der Wahrheit eines furchtbaren Verfalls die Dichtung in dem höchsten Sinn zu setzen, daß Dichtung nicht Erdbeben, sondern höhere, letzte Wahrheit ist. Und dieser Grundgedanke des letzten Wertes, den man etwas höchsten, tiefsten Tatsachen seinen könnte, zeigen auch die unerschütterlich reichen Bilder, die in Gegenstand und Ausführung Unüberwindliches leisten. Der „Völkerkrieg“ gibt von allem und jedem, was die Kriegführung betrifft, beste Anschauung und weiß dabei das Gemüt zu erheben, ohne jemals sich in jene läbliche Welt zu verziehen, die uns oft entgegnet, wie eine illustrierte Kriegsanleihe ausföhlen. Die Karten sind so reichlich und ausführlich, daß sie den Erwerb besonderer Kriegskarten überflüssig machen.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Hirschel, Friedberg; für den Angelegenheit: R. Gerner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, R. G. Friedberg i. S.

Die Abgabe getragener Kleidung erleichtert den Erwerb eines Bezugsscheines.

